

Der Ausschussvorsitzende führte einleitend aus, dass der Ausschuss in der Vergangenheit immer sehr nah und im Sinne der Bürger agiert habe, da die gefällten Entscheidungen oftmals sehr einschneidende Auswirkungen auf die Stadtentwicklung und damit auf die gesamte Bürgerschaft gehabt hätten. Er hoffe, dass dies auch in den nächsten Jahren im Zuge der traditionell guten Zusammenarbeit fortgeführt werde. Er freue sich, dass man auch weiterhin auf die Sachkompetenz der Verwaltung zurückgreifen könne. Er bitte darum, dass auch in der Zukunft respektvoll und fair miteinander umgegangen und für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Sankt Augustin eine gute Politik gemacht werde.

Dann stellte er die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest. Die Einladung mit verkürzter Frist sei im Vorfeld juristisch noch einmal überprüft worden. Dabei habe sich kein Grund zur Beanstandung ergeben.

Es lag ein Antrag der CDU-Fraktion

Drucksachen-Nr. 14/0194 ‚Barrierefreie Bushaltestellen‘

vor. Der Ausschussvorsitzende schlug vor, diesen zusammen mit dem TOP 13, Drucksachen-Nr 14/0190 „Barrierefreie Bushaltestellen“ zu beraten. Damit zeigte sich der Ausschuss einverstanden.

Weiterhin lag ein Antrag der SPD-Fraktion

Drucksachen-Nr. 14/0192 ‚Konzept zur Verkehrsberuhigung Monikastraße‘

vor. Hierzu führte er zunächst aus, dass es zumindest fraglich sei, inwieweit hierfür eine Dringlichkeit gegeben sei.

Frau Jung von der FDP-Fraktion machte deutlich, dass sie aufgrund der anstehenden Sommerpause heute gerne zumindest von der Verwaltung eine Stellungnahme bekommen würde, ob diese schon tätig geworden sei. Insofern sähe sie den Antrag gerne auf der Tagesordnung.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlug vor, dass die Verwaltung unter dem Tagesordnungspunkt 15.2 ‚Mitteilungen‘ kurz ihre Einschätzungen und Absichten zu diesem Thema vorträgt.

Dies sagte die Verwaltung zu.

Daraufhin schlug der Ausschussvorsitzende vor, den Antrag nicht auf die Tagesordnung zu nehmen, sondern diesen für die nächste Sitzung vorzusehen. Damit zeigte sich der Ausschuss einverstanden.